

Für den FHI e.V.

Rede zur Demonstration in Idstein am 27.1.2024

Hans-Peter Röther

Unser Zusammentreffen heute ist eine großartige Demonstration für unsere staatliche

Ordnung, die auf eine demokratische freiheitliche Verfassung aufgebaut ist. Diese Demonstration ist auch ein Signal und ein Anstoß an alle unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Migrationshintergrund. Sie sollen und wollen dazu gehören, mit uns hier stehen.

Viele von ihnen kommen aus Ländern mit autoritären, verbrecherischen und brutalen Regierungen. Wir wollen, dass diese verfolgten und gequälten Menschen den Schutz unserer Verfassung und unsere Freiheitsangebote genießen, aber wir wollen auch, dass sie für unsere Verfassung und unseren Rechtsstaat eintreten.

Wir bieten Euch unsere Gastfreundschaft und freuen uns über Euer Eintreten für unseren Rechtsstaat. Das Grundgesetz unserer Bundesrepublik und die gesicherten Freiheitsrechte in unserem demokratischen Rechtsstaat geben uns einen freiheitlichen, aber auch wehrhaften Rechtsrahmen für uns alle. Die Verfassung muss gelebt und verteidigt werden. Die seit 1949 für uns bestehende rechtliche Wirklichkeit unseres Landes bildet einen außerordentlich guten Rahmen für unser Leben in Deutschland.

Das ist nicht selbstverständlich! Die Verfassung wurde von unseren Vorfahren für ein friedliches Nebeneinander und einen Ausgleich aller berechtigten Interessen geschaffen, sie muss von uns allen, von jedem Einzelnen von uns als ein wertvolles Erbe immer wieder und andauernd verteidigt werden. Das Grundgesetz setzt auf die Überzeugung und das Engagement aller Bürgerinnen und Bürger. Dieses Engagement ist heute und auch in Zukunft notwendig. Sie alle

und die Millionen Demonstranten der letzten Tage zeigen, dass sie das verstanden haben.

Der von Rassismus und nationalistischer Ausgrenzung getragene Hass der Nazis wurde in den Jahren 1925 bis zum Krieg immer weiter und intensiver in Deutschland verbreitet. Die Bürgerinnen und Bürger waren nicht wachsam; fast schlafend haben sie das schleichende Gift der Nazi-Ideologie aufgenommen. Das darf uns nicht passieren! Das Gift ist immer noch und wieder in Deutschland da.

Der Hass und Rechts-Nationalismus führten schließlich zum Krieg und zu der millionenfachen Vernichtung jüdischer Menschen in unserem Land. Ein solches schleichendes Wachstum nationalistischen und rassistischem Gedankengutes, das Mitmenschen aus der Gemeinschaft ausgrenzen will, dürfen wir nicht dulden.

In diesen Tagen versammeln sich die Menschen in unserem Land millionenfach auf den Straßen und Plätzen, um der AFD und allen rechtsextremen Gruppierungen zu sagen: wir brauchen Euch nicht! Das Ereignis in Potsdam im November darf sich nie wiederholen. Nie wieder!

Der in den Demonstrationen in Deutschland gezeigte Widerstand macht mich stolz auf unser Land und muss in den Herzen und Köpfen der Menschen dauernd bleiben. Widerstand ist notwendig. Wir alle müssen wachsam sein. Jeder Einzelne von uns muss sich seiner persönlichen Verantwortung bewusst sein.

Bei den kommenden Wahlen ist es keine verantwortungsvollen Wahlentscheidung aus Protest oder Verärgerung rechtsextreme Parteien zu wählen. Ein Protestwähler gibt seine Stimme, auch wenn er gar nicht rechtsextremistisch wählen will, den Verfassungsfeinden von rechts. Er gibt seine Stimme für Menschen, die unsere Freiheit und unsere Verfassung beseitigen wollen. Das ist nicht verantwortungsvoll! Jeder einzelne von uns hat die Verantwortung mit seiner Stimme unsere Demokratie zu schützen und unser Leben in einem freiheitlichen Rechtsstaat zu sichern.

Von unserem heutigen Treffen könnte ein Funke für demokratische Aktivitäten und für persönlichen Einsatz eines jeden Einzelnen ausgehen. Solche Aktivitäten könnten in Idstein zukünftig vielfältig wahrgenommen werden. Es sollte eine Daueraufgabe für aktive Gruppen der Stadt und auch für die Stadt Idstein selbst sein, die Menschen immer wieder an ihr demokratisches Bewusstsein und ihre demokratische Verantwortung zu erinnern. In Vorträgen, Gesprächsrunden und Veranstaltungen könnten wir alle gemeinsam die Stadt Idstein zu einer von allen Bürgerinnen und Bürgern gelebten "Stadt der Demokratie und Verfassung" gestalten.
